



Schlaglichter Frühjahr 2005

- Deutschland macht im Aktivitätsindex etwas Boden gut, im Erfolgsindex ist jedoch noch kein Vorankommen feststellbar.
- Die Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor vergleichsweise gering, verfestigt sich jedoch zunehmend (siehe Brennpunktthema ab S. 4).
- Bei der Langzeit- und Altersarbeitslosigkeit sowie der marginalen Steuerbelastung von Haushalten besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf.
- „Hartz IV“ sollte konsequent zu Ende gedacht und um ein Einstiegssegment für niedriger entlohnte Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt ergänzt werden.
- Die Abkopplung der Sozialversicherungssysteme von den Lohnkosten muss dringend zurück auf die politische Agenda.

Deutschland im aktuellen Standort-Check Erste Reformansätze, aber weiterhin Schlusslicht im internationalen Vergleich

Deutschland steht zum Jahresbeginn 2005 weiterhin am Ende des Internationalen Standort-Ranking. Der Erfolgsindex im Berichtsjahr 2004 weist mit 66,0 Punkten weiterhin den niedrigsten Wert aller 21 betrachteten Länder auf. Im Vergleich zum letzten Ranking im Herbst 2004 hat er sich sogar noch einmal leicht verschlechtert. Immerhin haben erste Reformansätze dazu geführt, dass sich Deutschland beim Aktivitätsindex vom vorletzten Platz auf Rang 17 verbessern konnte. Mit 80,9 Punkten befindet sich das Land aber immer noch an der Schwelle zum roten Alarmbereich. Die bisherigen Reformen reichen bei weitem noch nicht aus, um Deutschland wieder fit für den internationalen Wettbewerb zu machen.

Beim Erfolgsindex hat sich der negative Trend der vergangenen Jahre fortgesetzt.

In keinem der beiden Zielbereiche (Arbeitsmarkt und Wachstum), aus denen sich der Erfolgsindex zusammensetzt, konnten in den letzten 6 Monaten Erfolge erzielt werden – im Gegenteil.

Innerhalb des Zielbereiches Arbeitsmarkt zog die standardisierte Arbeitslosenquote im Jahr 2004 auf 9,8 Prozent noch einmal leicht an und lag damit um mehr als 3 Prozentpunkte höher als der Durchschnitt der hier verglichenen 21 OECD-Staaten. Mittlerweile haben nur Spanien und Griechenland höhere Arbeitslosenquoten zu verzeichnen als Deutschland. Die Zahl der Erwerbstätigen ist nach deutlichen Nettoarbeitsplatzverlusten in den beiden Vorjahren 2004 allerdings leicht um 0,2 Prozent gestiegen. Dies ist jedoch vorrangig auf die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und die Ich-AGs zurückzuführen und stellt somit noch keine durchgreifende Trendumkehr dar.

Erfolgsindex* Frühjahr 2005

Veränderung des Ranges; Aktueller Punktwert und Veränderung der Punktwerte zum Herbst 2004	DIFFERENZ
1 Irland (+/-) 111,7	0,6
2 USA (+/-) 105,0	1,8
3 Neuseeland (+/-) 103,6	2,8
4 Norwegen (-1) 103,5	2,2
5 Australien (-1) 101,5	0,0
6 Großbritannien (+2) 98,2	2,6
7 Kanada (-1) 95,3	2,4
8 Österreich (+1) 94,9	-0,7
9 Niederlande (+/-) 92,3	-5,1
10 Dänemark (-1) 91,7	-2,2
11 Schweiz (+1) 90,1	2,5
12 Schweden (-1) 90,0	-1,3
13 Japan (-3) 88,4	3,6
14 Belgien (-1) 83,8	3,6
15 Griechenland (+3) 82,2	-1,8
16 Spanien (+2) 77,8	2,7
17 Portugal (-2) 76,9	-0,8
18 Finnland (+/-) 75,3	-1,8
19 Italien (+2) 74,4	0,8
20 Frankreich (+/-) 72,5	-1,0
21 Deutschland (+/-) 66,0	-0,4

*Der Erfolgsindex gibt an, wie erfolgreich eine Volkswirtschaft aktuell hinsichtlich Arbeitsmarktentwicklung (gemessen an Arbeitslosenquote und Erwerbstätigenzuwachs) und Wirtschaftswachstum (gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und Potentialwachstum) ist.

Quelle: Internationaler Standort-Check 1/2005, Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung

Der Zielbereich Wachstum gibt ebenfalls keinen Anlass zur Entwarnung: Das gesamtdeutsche BIP pro Kopf (in Kaufkraft-

paritäten) liegt weiterhin deutlich (um 8 Prozent) unter dem Durchschnitt der 21 Staaten, und auch das Potenzialwachs-

tum hat nicht an Dynamik gewonnen. Seit 2002 verharrt es bei 1,5 Prozent, im Durchschnitt der verglichenen Länder hingegen wuchs es um knapp 2,5 Prozent.

Aktivitätsindex* Frühjahr 2005

Veränderung des Ranges; Aktueller Punktwert und Veränderung der Punktwerte zum Herbst 2004

				DIFFERENZ
1	Neuseeland	(+1)	103,8	2,7
2	Australien	(-1)	103,6	0,4
3	Schweiz	(+2)	100,1	4,8
4	Irland	(-1)	97,6	0,4
5	Norwegen	(+1)	95,3	0,5
6	USA	(-2)	95,3	-1,3
7	Kanada	(+/-)	94,7	1,0
8	Großbritannien	(+/-)	92,2	-0,5
9	Japan	(+/-)	91,1	2,5
10	Dänemark	(+1)	90,2	2,4
11	Niederlande	(+2)	88,1	1,9
12	Österreich	(+/-)	87,7	1,2
13	Schweden	(+1)	84,1	-1,8
14	Finnland	(+3)	83,4	1,3
15	Spanien	(+/-)	82,4	-3,1
16	Belgien	(+2)	82,3	1,1
17	Deutschland	(+3)	80,9	4,1
18	Portugal	(-8)	80,3	-8,0
19	Griechenland	(-3)	78,3	-3,9
20	Frankreich	(-1)	78,2	1,4
21	Italien	(+/-)	68,7	0,2

* Der Aktivitätsindex resultiert aus den maßgeblichen Einflussgrößen für Wachstum und Beschäftigung und dient als Frühindikator für den Erfolg wirtschaftspolitischen Handelns. Der Index umfasst 12 Variablen: Altersarbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote jeweils in Abweichung von der allgemeinen Arbeitslosenquote, Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit, Partizipationsrate am Arbeitsmarkt, Staatsanteil am BIP, Anteil der Staatsverschuldung am BIP, marginale Belastung mit Steuern und Abgaben von Geringverdienern, Auslastung der Produktionskapazitäten, Investitionsanteil am BIP, Umfang der Teilzeitarbeit, Ausmaß der Lohnzurückhaltung und Streikquote.

Quelle: Internationaler Standort-Check 1/2005, Bertelsmann Stiftung

Etwas positiver sieht das Bild beim aktuellen Aktivitätsindex aus. Hier ist nach wie vor die Jugendarbeitslosigkeit hervorzuheben, bei der Deutschland besser dasteht als viele andere Länder. Gleichwohl sind auch hierzulande Jugendliche stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Es besteht daher aller Anlass, sich mit dieser Problematik intensiver zu beschäftigen (siehe dazu das „Brennpunktthema: Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland“, Seite 4). Auch beim sozialen Frieden, hier gemessen an der Streikquote, schneidet Deutschland gut ab. Im Gegensatz zu früheren Jahren ist dies allerdings kein herausragender Vorteil mehr, da auch viele andere Staaten mittlerweile eine sehr niedrige Streikneigung aufweisen.

Die Bertelsmann Stiftung hat im Herbst des vergangenen Jahres erstmals das Internationale Standort-Ranking veröffentlicht, das die Entwicklung der 21 wichtigsten Industrienationen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung ausführlich vergleicht und bewertet. Der hier vorgelegte „Standort-Check Deutschland“ schreibt die Ergebnisse dieser Studie für die Bundesrepublik fort. Der Standort-Check wird halbjährlich aktualisiert und prüft, ob Deutschland bei den wesentlichen Erfolgs- und Aktivitätsgrößen des Internationalen Standort-Ranking Fortschritte gemacht hat oder weiter zurückgefallen ist. Dabei wird jeweils einem speziellen Thema besonderes Augenmerk geschenkt. In dieser Publikation wurde hierfür die Jugendarbeitslosigkeit als eine für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands besonders wichtige Kenngröße ausgewählt (siehe Seite 4).

Beschäftigungshürden auf dem Arbeitsmarkt abbauen

Schlechte Aussichten für Ältere und Langzeitarbeitslose

Auf vielen anderen Gebieten hingegen hat Deutschland weiterhin erheblichen Nachholbedarf. Beispiel Langzeitarbeitslosigkeit: In Deutschland ist ca. die Hälfte aller Arbeitslosen schon ein Jahr oder länger auf der Suche nach einer neuen Beschäftigung. Mit fortdauernder Arbeitslosigkeit wird die Chance auf eine neue Beschäftigung jedoch immer geringer – ein Teufelskreis. Auf dem Feld der Altersarbeitslosigkeit hat sich die Lage leicht gebessert; die Arbeits-

losenquote der 55 bis 64-jährigen liegt aber immer noch um 0,6 Prozentpunkte über der allgemeinen Arbeitslosenquote, während sie in den meisten anderen Ländern darunter liegt. In keinem anderen Land sind die speziellen Beschäftigungshürden für Ältere so hoch wie hierzulande. Und dies, obwohl die Partizipationsrate dieser Altersgruppe mit nur 43 Prozent ohnehin sehr niedrig ist. In Ländern wie Neuseeland, Japan oder Schweden ist der Anteil älterer Menschen, die Arbeit haben oder zumindest suchen, teilweise um mehr als 20 Prozentpunkte höher.

Senkung der Abgabenbelastung und moderate Lohnabschlüsse

Bei den meisten anderen Aktivitätsgrößen sind bisher keine Anzeichen dafür zu erkennen, dass sich die teilweise bedrohliche Lage in absehbarer Zeit zum Guten wenden könnte. So sind die Grenzabgabenbelastungen für Singles und Familien immer noch viel zu hoch. Die aktuelle Steuerreform weist hier zwar prinzipiell in die richtige Richtung. Sie bringt aber gerade für die mittleren Einkommensschichten zu wenig Entlastung, die außerdem durch

höhere indirekte Steuern und Zuzahlungen etwa im Gesundheitsbereich teilweise wieder konterkariert werden.

Auch auf dem Gebiet der Lohnzurückhaltung ist Deutschland inzwischen wieder in den roten Alarmbereich abgerutscht. Die Lohnverhandlungen der letzten Jahre haben das praktisch nicht mehr vorhandene Wirtschaftswachstum weitgehend negiert und es wurden wie gehabt Lohnzuwächse vereinbart, ohne auf die negativen Beschäftigungswirkungen Rücksicht zu nehmen. Im abgelaufenen Jahr 2004 konnte Deutschland seinen Punktwert hier allerdings leicht verbessern, möglicherweise ein Hinweis auf eine längst überfällige Sensibilität für die nur noch geringen Verteilungsspielräume.

Errichtung eines niedrig entlohn-ten Einstiegssegments für gering Qualifizierte

Noch nicht abschließend zu beurteilen sind die Auswirkungen der vierten Stufe der Hartz-Gesetzgebung. Einige der Maßnahmen, wie die Verkürzung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, weisen zweifellos in die richtige Richtung. In anderer Hinsicht wurde aber nicht konsequent genug gehandelt. So sind z.B. die so genannten Ein-Euro-Jobs zwar ein im Prinzip durchaus angebrachter Test auf die Arbeitsbereitschaft von Langzeitarbeitslosen und mögen auch dazu beitragen, sie wieder an ein geregeltes Arbeitsleben zu gewöhnen. Problematisch ist aber die Beschränkung der möglichen Jobs auf „gemeinnützige“ bzw. auf sogenannte „zusätzliche“ öffentliche Arbeiten. Dadurch werden die Betroffenen vom ersten Arbeitsmarkt ferngehalten, auf dem sie eigentlich wieder Fuß fassen sollten. Das Hauptmotiv dafür ist offenbar, die regulär Beschäftigten vor der Konkurrenz der Arbeitslosen zu schützen, um ihre Löhne hoch zu halten. Angezeigt wäre aber gerade die Entstehung eines Einstiegssegmentes von niedrig entlohnenden Arbeitsplätzen auf dem regulären Arbeitsmarkt, um

den Arbeitslosen wieder eine echte Chance auf Reintegration zu geben. Die Einkommensinteressen der bereits Beschäftigten haben demgegenüber im Zweifel zurückzustehen. Sie müssten aber auch gar nicht unbedingt leiden, denn je mehr Arbeitslose wieder produktiv beschäftigt werden, desto geringer werden die Abgabenlasten und desto höher ist das verteilbare Sozialprodukt.

Steuerstrukturreform und Reform der sozialen Sicherungssysteme

Es ist zu hoffen, dass der Reformwille der Politik angesichts der im Herbst 2006 anstehenden Bundestagswahl nicht erlahmt. Dies wäre auch fatal sowohl in Anbetracht der riesigen Probleme des Landes als auch vor dem Hintergrund der wesentlich dynamischeren Entwicklung in anderen Ländern, die als Wettbewerber auf dem Weltmarkt auftreten. Deutschland kann es sich nicht mehr leisten, anstehende Reformprojekte auf die lange Bank zu schieben. Dazu gehört u.a. eine wirkliche Steuerstrukturreform, mit dem Ziel, das herrschende Steurdickicht drastisch zu lichten, Transparenz herzustellen, Ausnahmetatbestände abzubauen und auf diese Weise die Leistungs- und Investitionsbereitschaft zu erhöhen.

In den Sozialversicherungen sind die demografischen Herausforderungen mittlerweile so nahe gerückt, dass eine Reform, die nachhaltige Finanzierungsgrundlagen schafft, keinen Aufschub mehr duldet. Sowohl die gesetzliche Rentenversicherung als auch die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung haben bisher ausschließlich von der Hand in den Mund gelebt, ohne auch nur die geringste Rücklage für die drohenden Alterslasten zu bilden. Die Leistungen aller drei Zweige der Sozialversicherung sind daher mit höchster Dringlichkeit durch kapitalgedeckte Alternativsysteme zu ergänzen bzw. – soweit dies überhaupt noch möglich ist – zu substituieren.

Unerlässlich ist die Abkopplung der entsprechenden Beiträge von den

Lohnkosten, um die in Deutschland bereits heute beispiellos hohe Grenzabgabenbelastung zu senken und die Schaffung neuer Arbeitsplätze attraktiver zu machen. Während in der Rentenversicherung mit der Förderung privater Vorsorge zumindest ein Anfang in dieser Richtung gemacht wurde, sind die bisherigen Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung noch meilenweit von echten Strukturreformen entfernt. Hier droht sogar mit dem Modell der Bürgerversicherung das überkommene System zwangsweise auf die gesamte Bevölkerung ausgeweitet zu werden.

Erforderlich: Politischer Mut zu ernsthaften Reformen und Durchhaltevermögen

Deutschland steht weiterhin vor großen, aber nicht vor unüberwindlichen Hürden, um das Land für die Zukunft fit zu machen. Einige der bereits umgesetzten Reformen weisen in die richtige Richtung, aber sie sind nicht mehr als ein bescheidener Anfang. Keinesfalls darf jetzt der Reformmotor gestoppt werden, während erst ein geringer Teil der Wegstrecke absolviert wurde. Dies könnte sogar die durchaus vorhandene Zustimmung bei der Bevölkerung unterminieren, da dann auch die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt ausbleiben würden. Um die Versäumnisse aufzuholen, die sich innerhalb der letzten drei Jahrzehnte kumuliert und zu der jetzigen Krisensituation geführt haben, braucht es einen langen Atem. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass die Zeitspanne zwischen dem Beginn ernsthafter Reformen und ersten nachhaltigen Erfolgen viele Jahre beträgt. Es wäre daher unverantwortlich, mit Rücksicht auf bevorstehende Wahlen jetzt noch weiter abzuwarten. Allerdings sind nicht nur die politischen Parteien, sondern alle gesellschaftlichen Gruppen aufgerufen, den Reformweg mit zu gehen. Nur in gemeinsamer Anstrengung unter Zurückstellung von Gruppeninteressen kann es gelingen, für Wohlstand und Vollbeschäftigung in Deutschland wieder tragfähige Grundlagen zu schaffen.

Brennpunktthema: Jugendarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen hat in vielen Ländern bedenkliche Ausmaße angenommen. Nicht nur in Deutschland, sondern in allen 21 hier betrachteten Staaten sind Arbeitskräfte im Alter zwischen 15 und 24 Jahren prozentual stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die Gesamtbevölkerung. Zwar ist diese Differenz in Deutschland die niedrigste der untersuchten Staaten, absolut gesehen haben jedoch einige Länder geringere Jugendarbeitslosenquoten aufzuweisen. In jedem Fall besteht auch in Deutschland auf diesem Gebiet erheblicher Handlungsbedarf. Aktuell sind hierzulande mehr als eine halbe Million Jugendliche arbeitslos und bekommen so gleich in den ersten Jahren ihrer beruflichen Laufbahn das Gefühl vermittelt, nicht gebraucht zu werden. Auch für die Zukunft der alternativen Gesellschaft insgesamt ist es essentiell, dass junge Menschen nicht nur gut ausgebildet, sondern im Anschluss daran auch möglichst reibungslos in das normale Arbeitsleben integriert werden.

Die Arbeitslosigkeit der Jugend in Deutschland

Arbeitslosenquoten der 15- bis 24-Jährigen (2003), Angaben in Prozent

1	Niederlande	6,6
2	Österreich	7,5
3	Irland	7,6
4	Schweiz	8,6
5	Dänemark	9,8
6	Japan	10,2
7	Neuseeland	10,2
8	Deutschland	10,6
9	Großbritannien	11,5
10	Australien	11,6
11	Norwegen	11,7
12	USA	12,4
13	Kanada	13,8
14	Schweden	13,8
15	Portugal	14,6
16	Belgien	19,0
17	Frankreich	19,5
18	Finnland	21,6
19	Spanien	22,7
20	Griechenland	25,1
21	Italien	26,3

Quelle: Bertelsmann Stiftung

BertelsmannStiftung

Rüstzeug im internationalen Wettbewerb: Qualifikation, Zuverlässigkeit und Lernbereitschaft

Durch den massiven Eintritt von Niedriglohnländern aus Südostasien und Osteuropa in den internationalen Standortwettbewerb sind die Arbeitsmarktchancen namentlich gering qualifizierter Arbeitskräfte in Deutschland unter starken Druck geraten. Vor allem arbeitsintensive Produktion wird zunehmend ins Ausland verlagert oder hierzulande ganz aufgegeben. Die Bundesrepublik als rohstoffarmes Land wird ihr hohes Einkommensniveau auf Dauer nur mit qualitativ hochwertigen, technologie- und kapitalintensiven Produkten verteidigen können. Es gibt kein ökonomisches Gesetz, wonach deutschen Arbeitnehmern ein höheres

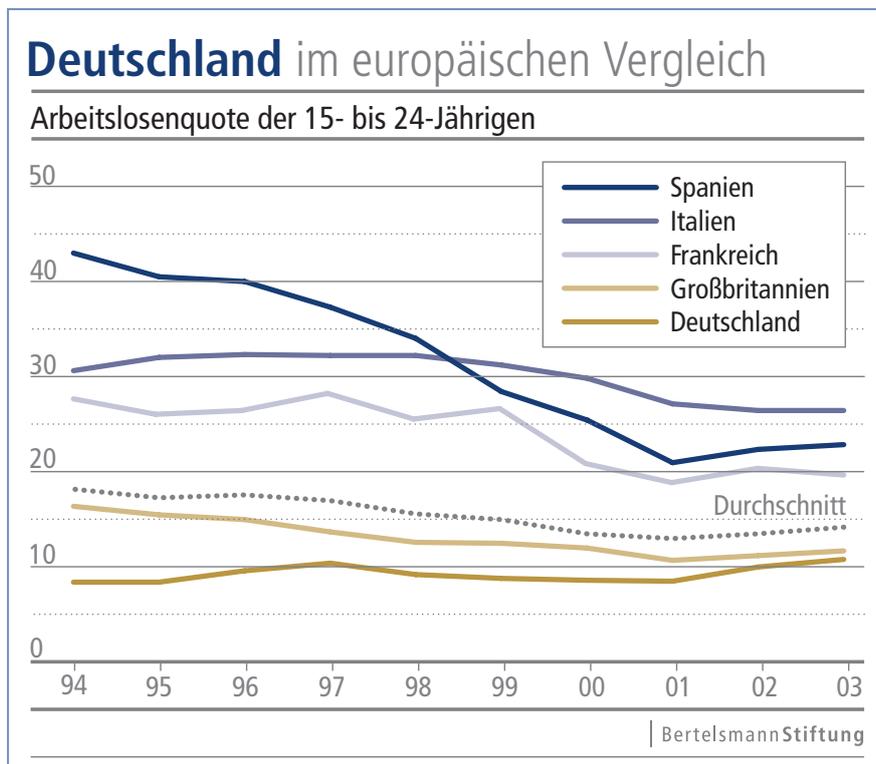
Lohnniveau zukäme als den Arbeitnehmern anderswo auf der Welt. Um einen solchen Lohnvorsprung zu halten, bedarf es vielmehr entsprechend hoher Qualifikation, Zuverlässigkeit und ständiger Lernbereitschaft der hier Beschäftigten, um sich neuen Anforderungen und Produktionsmethoden erfolgreich stellen zu können. Die Schaffung von Humankapital in diesem Sinne dient nicht nur dem persönlichen und beruflichen Fortkommen des Einzelnen, sondern stellt auch einen der wichtigsten Standortfaktoren für die deutsche Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb dar. Statt den Begriff des Humankapitals zum Unwort zu erklä-

ren, sollte deswegen alles darangesetzt werden, um diese Ressource quantitativ und qualitativ zu vermehren.

Unter diesem Blickwinkel kann man sich kaum etwas weniger leisten, als die Ausbildung und die Arbeitsmarktintegration der eigenen Jugend zu vernachlässigen. Jugendarbeitslosigkeit ist auch nicht nur einfach eine Folge allgemeiner Arbeitsmarktprobleme, wie die in allen Ländern überdurchschnittliche Betroffenheit der jungen Menschen von Erwerbslosigkeit zeigt. Die Ursachen gehen vielmehr wesentlich tiefer, und sie fangen teilweise bereits im Kindergarten an.

Arbeitslosenquote junger Menschen verfestigt sich

Die Arbeitslosenquote unter jungen Leuten lag in Deutschland im Jahr 2003 mit 10,6 Prozent relativ deutlich unterhalb des OECD-Durchschnitts von knapp 14 Prozent, aber oberhalb der allgemeinen Arbeitslosenrate von 9,3 Prozent. Sie liegt schon seit vielen Jahren in dieser Größenordnung und weist somit eine hohe Persistenz auf, die auch durch verschiedene Sonderprogramme (wie zuletzt „Jump“ oder „Jump plus“) nicht aufgebrochen werden konnte. Die tatsächliche Arbeitslosenquote junger Menschen dürfte sogar noch höher liegen, da Jugendliche, die sich in Fördermaßnahmen der Arbeitsagenturen befinden, nicht als arbeitslos erfasst werden. Es fällt zudem auf, dass das Problem in Deutschland in den letzten Jahren eher größer geworden ist, während andere große Volkswirtschaften des OECD-Raumes durchaus Erfolge beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit erzielen konnten. Gerade die Länder, die zuvor besonders große Probleme in diesem Bereich hatten, konnten ihre Jugendarbeitslosenquote inzwischen deutlich senken.



Duale Ausbildung: Ein Erfolgsmodell ist in die Jahre gekommen

Trotz dieser leicht negativen Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit bietet Deutschland jungen Menschen immer noch vergleichsweise gute Beschäftigungschancen. Dazu trägt sicherlich das recht gut funktionierende Berufsausbildungssystem bei. Das duale Modell sorgt dafür, dass die Auszubildenden zum einen in den Berufsschulen theoretische Grundlagen vermittelt bekommen, zum anderen einen großen Teil ihrer Ausbildungszeit direkt in den Betrieben verbringen und somit eine praxisnahe Ausbildung erhalten. Jugendliche, die sich im Betrieb bewähren, erhöhen ihre Chancen auf einen direkten Übergang in den regulären Arbeitsmarkt deutlich. Für die Betriebe hat das duale Verfahren den Vorteil, dass sie mögliche zukünftige Arbeitnehmer über einen längeren Zeitraum beobachten und ihre Qualifikationen dementsprechend gut

beurteilen können. Dabei tragen sie freilich das Risiko, dass ein Auszubildender nach Abschluss seiner Lehre zur Konkurrenz wechselt oder z.B. ein Studium aufnimmt. Wenn man annimmt, dass die Bruttolohnkosten für Auszubildende im Durchschnitt ihren Beitrag zum Betriebsergebnis übersteigen, war die Ausbildung für das Unternehmen in so einem Fall rein betriebswirtschaftlich gesehen ein Zuschussgeschäft. Dies gilt erst recht, wenn sich der Auszubildende als ungeeignet erweist oder die Lehre gar abgebrochen wird.

Dass es in den letzten Jahren immer wieder zu einem Mangel an Lehrstellen gekommen ist, dürfte neben der allgemein schlechten Wirtschaftslage auch daran gelegen haben, dass die Rechnung für zu viele Betriebe einfach nicht mehr aufgegangen ist. Weder bürokratische Zwangsmaßnahmen - wie die zwischenzeitlich

angedrohte Ausbildungsabgabe - noch Appelle werden dann auf Dauer viel helfen, da sie nicht an den Ursachen ansetzen. Die Politik sollte nicht den Fehler machen und versuchen, den schwarzen Peter den Unternehmen zuzuschieben, sondern stattdessen ihre Hausaufgaben erledigen und Rahmenbedingungen schaffen, die eine Anstellung Jugendlicher erleichtern. Bei einem dauerhaften Unterangebot von Ausbildungsplätzen wird man entweder die Kosten für die ausbildenden Betriebe senken oder den ihnen daraus erwachsenden Gegenwert erhöhen müssen, indem beispielsweise der Anteil der im Betrieb verbrachten Ausbildungszeit erhöht wird. Wenig hilfreich war es in diesem Zusammenhang, dass die Ausbildungsvergütungen in den vergangenen Jahren - der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zum Trotz - überproportional stark gestiegen sind.

Ursachen für Lehrstellenmangel

Zu einem wesentlichen Teil dürfte das in den letzten Jahren sinkende Angebot an Lehrstellen allerdings den allgemeinen wirtschaftlichen Problemen Deutschlands geschuldet sein. In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation neigen Unternehmen dazu, frei werdende Arbeitsplätze Älterer nicht durch jüngere Arbeitskräfte zu ersetzen, sondern sie versuchen eher, mit dem noch vorhandenen – kleineren, Personalbestand auszukommen. Da die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze erfahrungsgemäß erst ab einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von ca. 2 Prozent steigt, ist vorerst kein Anstieg der angebotenen Lehrstellen zu erwarten. Die hohe Zahl der Unternehmenskonkurse in den vergangenen Jahren hat ebenfalls zum Rückgang des Lehrstellenangebots beigetragen. Daneben bringt der allgemeine wirtschaftliche Strukturwandel eine Umschichtung des Anteils von Berufen im industriellen Sektor zu Gunsten des Dienstleistungssektors mit sich, der im Verhältnis zu den regulären Arbeitsplätzen weniger Ausbildungsplätze schafft.

Fehlentwicklungen im deutschen Bildungssystem

Immerhin: Das deutsche System der Berufsausbildung senkt die Jugendarbeitslosigkeit laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft im Schnitt um 5 Prozentpunkte. Die weitaus gravieren-

deren Probleme liegen in Deutschland in anderen Bildungsbereichen. Zum einen verlassen (zu) viele Schüler die Schule, ohne hinreichend auf die Anforderungen in Ausbildung oder Studium vorbereitet zu sein. So werden ca. ein Viertel aller Auszubildenden vor Erreichen des Ausbildungsziels wieder gelöst. Auch im Studium sind die Abbrecherquoten hoch. Ein wichtiger Grund dafür sind Fehlentwicklungen im deutschen Bildungssystem. Vergleichende Länderstudien wie PISA oder Iglu haben offen gelegt, dass deutsche Schüler in vielen Bereichen schlechtere Leistungen zeigen als Schüler aus anderen Ländern. Insbesondere Schüler aus deutschen Hauptschulen zeigen deutliche Schwächen, auch im Vergleich mit den weniger guten Schülern anderer Staaten. Wenn deutsche Schulabgänger ins Arbeitsleben eintreten, sind daher viele von ihnen ungenügend darauf vorbereitet, den Anforderungen potentieller Arbeitgeber gerecht zu werden.

Eltern sind in der Verantwortung

Diese Problematik ist allerdings nicht ausschließlich Defiziten des staatlichen Schulsystems anzulasten. Ohne entsprechende elterliche Unterstützung hat es auch die Schule schwer, ihrem Bildungsauftrag hinreichend nachzukommen, die Kinder auf das Erwerbsleben vorzubereiten und sie bei der Berufswahl zu un-

terstützen. Zudem fehlt es den Kindern oft schon bei der Einschulung an den notwendigen Grundvoraussetzungen, insbesondere wenn sie aus Migrantenfamilien oder sozial benachteiligten Schichten kommen. Bei der Bildung von Humankapital muss deswegen schon im Vorschulalter angesetzt werden.

Verbesserung der schulischen Ausbildung

Ein erster Schritt zur Abhilfe könnte sein, zu überprüfen, ob Schüler (je nach Altersklasse) vergleichbare und vereinbarte Lernstandards erreichen. Auch sollte an die Einführung variabler, erfolgsabhängiger Bestandteile in der Lehrerbildung gedacht werden. Wünschenswert wäre es zudem, die erzieherischen Möglichkeiten der Lehrer zu verbessern, indem z.B. die durchschnittliche Klassengröße merklich herabgesetzt wird. Die aus demografischen Gründen sinkenden Schülerzahlen bieten dazu künftig durchaus Möglichkeiten. Defizite gibt es weiterhin hinsichtlich der Integration von Schülern mit Migrationshintergrund, die in manchen Klassen schon die Mehrheit der Schüler stellen. Fehlende Deutschkenntnisse in manchen Teilen dieser Bevölkerungsgruppen erschweren die Unterrichtsdurchführung zusätzlich. Schon im Kindergarten muss damit begonnen werden, solche Defizite zu beseitigen.

Erhöhung der Qualität universitärer Ausbildung durch Studiengebühren

Empirisch ist gesichert, dass ein negativer Zusammenhang zwischen Bildung und späterer Arbeitslosigkeit existiert. Im jugendlichen Alter gilt dies in besonderem Maße, da die Arbeitskräfte hier noch nicht über einschlägige Berufserfahrung verfügen, welche sie für Arbeitgeber interessant machen können, sondern „nur“ ihre bisherige Ausbildung vorzuweisen haben. Vor dem Hintergrund eines sich im Zeitablauf erhöhenden Bedarfs an Hochqualifizierten und einer weiter steigenden Konkurrenz

„einfacher“ Arbeit aus Niedriglohnländern wird die Notwendigkeit einer entsprechenden Bildungspolitik umso deutlicher. Angehoben werden sollten auch die im internationalen Vergleich niedrigen Abschlussquoten an deutschen Hochschulen und Universitäten. Der Sachverständigenrat bemerkt in seinem aktuellen Jahresgutachten allerdings, dass die hohe Qualität der Berufsausbildung in Deutschland mit ihren damit verbundenen Einkommenschancen die Anreize zur Studiumsaufnahme eher

abschwächt. Deswegen kann es nicht nur um eine rein quantitative Erhöhung der Abschlusszahlen gehen, welche sich leicht durch eine allgemeine Absenkung der Anforderungen erreichen ließe. Vielmehr muss sowohl mehr Quantität als auch mehr Qualität geschaffen werden. Die Einführung von Studiengebühren wird dabei unverzichtbar sein, und zwar keineswegs nur zum Zweck einer höheren Finanzausstattung der Hochschulen. Mit der Einführung von Gebühren würde vielmehr vor allem der Wettbewerb der

Universitäten um die Studenten verstärkt, was der Qualität der Ausbildung nur zugute kommen kann. Zudem steigt dadurch der Anreiz, bei der Wahl des Studiums auch die künftigen Berufschancen mit zu bedenken und dieses zügig zu absolvieren. Studiengebühren sind allerdings so zu gestalten, dass kein begabter junger Mensch aufgrund mangelnder finanzieller Möglichkeiten von der Aufnahme eines Studiums abgehalten wird. Eine Möglichkeit dazu wäre neben Stipendien beispielsweise die Stundung der Gebühren während des Studiums, verbunden mit einer Rückzahlung erst nach dem Eintritt in das Erwerbsleben.

Erleichterung des Berufseinstiegs für Jugendliche

Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass das weitgehende Fehlen niedrig entlohnter Einstiegsarbeitsplätze in Deutschland die Einstellungschancen für Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit fehlender bzw. mit nur geringer Qualifikation stark hemmt. Statt ihnen eine ihren Fähigkeiten entsprechende Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt zu geben, werden sie in staatliche Ersatzprogramme oder direkt in die Arbeitslosigkeit geschickt. Es fehlt in Deutschland an der in den angelsächsischen Ländern selbstver-

ständlichen Kultur, Menschen stärker an ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem praktischen Arbeitserfolg als an ihrer formalen Qualifikation zu messen. Auch Ausbildungsmöglichkeiten unterhalb der Schwelle einer vollwertigen Lehre wären für viele Jugendliche hilfreich, um zumindest einen Einstieg in das Berufsleben zu finden. Auch von den jungen Menschen selbst ist höhere Flexibilität gefragt, wenn beispielsweise nicht gleich die Lehrstelle im Traumjob gefunden wird. Berufliche Umorientierungen sind auch später noch möglich und in der sich heutzutage rasch wandelnden Arbeitswelt ohnehin oft notwendig.

Fazit

Zusammenfassend kann die Jugendarbeitslosigkeit nur dann dauerhaft gesenkt werden, wenn

- sich die durchschnittliche Qualifikation, vor allem der bislang schlecht vorgebildeten Jugendlichen, durch Verbesserungen im vorgelagerten Bildungssystem steigert,
- sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern und Anreize erhöht werden, jungen Menschen Arbeit zu geben und
- ein Arbeitsmarkt für einfache Tätigkeiten mit entsprechender Bezahlung zugelassen wird, auf dem junge Menschen durch Leistung Geld verdienen und ihre eigene Qualifikation steigern können.

Staatliche Einzelmaßnahmen und Sonderprogramme haben demgegenüber meist den Charakter von purem Aktionismus und stehen vom Aufwand her in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Kosten. Sie lindern höchstens kurzzeitig die Symptome und verstecken vielfach sogar das eigentliche Problem, statt an den wirklichen Ursachen anzusetzen. Auch wenn die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit zurzeit nicht als das vordringlichste Problem in Deutschland gilt, stellt sie in Wahrheit eine der zentralen Herausforderungen dar, um die Zukunft Deutschlands im immer härter werdenden internationalen Wettbewerb zu sichern.

Junge Generation und Arbeit: Chancen erkennen – Potenziale nutzen

Mit dem diesjährigen Carl Bertelsmann-Preis zum Thema „Junge Generation und Arbeit: Chancen erkennen – Potenziale nutzen“ will die Bertelsmann Stiftung auf die steigende Bedeutung der Beschäftigungsfähigkeit in einer zukunfts-fähigen Gesellschaft hinweisen – die jungen Menschen von heute sind unser Kapital von morgen. Dieses zur best-möglichen Entfaltung zu bringen wird zum strategischen Erfolgsfaktor unserer

Volkswirtschaft und ihrer Unternehmen. Ausgezeichnet werden sollen insbesondere solche Projekte und Aktivitäten, mit denen Jugendliche Unterstützung erfahren, die mit besonderen Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt konfrontiert sind. Die Idee zum Carl Bertelsmann-Preis geht auf den Stifter Reinhard Mohn zurück. Der mit 150.000 Euro dotierte Preis steht in der Tradition der Familien

| BertelsmannStiftung Carl Bertelsmann-Preis

Bertelsmann / Mohn und wird seit 1988 an Staaten, Institutionen oder Unternehmen verliehen, die sich durch beispielhafte Lösungen für zentrale gesellschaftspolitische Herausforderungen auszeichnen.

Ansprechpartner:

Dr. Jens U. Prager
jens.prager@bertelsmann.de
Clemens Wieland
clemens.wieland@bertelsmann.de

Zusammensetzung des Standort-Checks

Maßstab für die wirtschaftliche Beurteilung eines Landes im Internationalen Standort-Ranking, wie auch im Standort-Check der Bertelsmann Stiftung ist zum einen der „Erfolgsindex“, zum anderen der „Aktivitätsindex“. Ersterer gibt an, wie erfolgreich eine Volkswirtschaft in Bezug auf Arbeitsmarktentwicklung und Wirtschaftswachstum im Vergleich zu den anderen Ländern ist. Ergänzend dazu erfasst der Aktivitätsindex wichtige Erklärungsgrößen für die Beschäftigungssituation und die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Die beiden Indizes setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

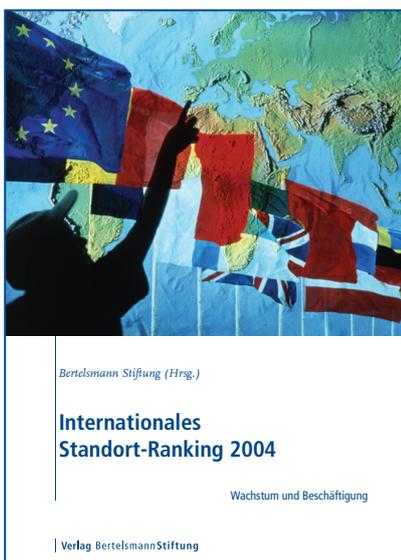
Erfolgsindex	Aktivitätsindex		
Beschäftigung:	Arbeitsmarkt:	Konjunktur und Staat:	Wirtschaft und Tarifparteien:
Arbeitslosenquote (-) Erwerbstätigenzuwachs (+)	Langzeitarbeitslosigkeit* (-) Jugendarbeitslosigkeit** (-) Altersarbeitslosigkeit** (-) Partizipationsrate (+)	Staatsanteil am BIP (-) Staatsverschuldung (-) Grenzabgabenbelastung (-) Konjunktur (+)	Investitionsanteil am BIP (+) Teilzeitbeschäftigung (+) Lohnzurückhaltung (+) Streikquote (-)
Wachstum:	*) Anteil an allen Arbeitslosen **) Differenz zu allgemeiner Arbeitslosenquote		
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (+) Potenzialwachstum (+)			

[Bewertung in Klammern, (+) = positiver Einfluss (-) = negativer Einfluss]

Zur Veranschaulichung der Ergebnisse werden die Originaldaten in Punktwerte zwischen 0 und 120 umgerechnet, wobei 120 den besten, nur theoretisch erreichbaren Wert darstellt. Benchmark für jede Einzelgröße ist der Mittelwert der jeweils besten drei Länder in dem betreffenden Jahr. Der erreichte Punktwert jedes einzelnen Landes ergibt sich jeweils daraus, wie weit das betreffende Land von diesem

Benchmark entfernt ist. Maßstab hierfür ist die Standardabweichung, also die durchschnittliche Streuung der Länderwerte um die betreffende Kenngröße. Die Punktwerte werden danach wie folgt eingeteilt:
- ungefährdeter oder „grüner“ Bereich (100 bis 120 Punkte): Die Abweichung des entsprechenden Landes vom Benchmark beträgt nicht mehr als die einfache Standardabweichung.

- Warnbereich oder „gelber“ Bereich (80 bis 100 Punkte): Das Land liegt um mehr als die einfache, aber weniger als die doppelte Standardabweichung unter dem Durchschnitt der besten drei Länder.
- Alarmbereich oder „roter“ Bereich (unter 80 Punkte): Das Land liegt um mehr als die zweifache Standardabweichung unter dem Benchmark der besten drei Länder.



Das Internationale Standort-Ranking vergleicht die 21 wichtigsten Industrienationen in den Zielbereichen Arbeitsmarkt und Wachstum. Auf Basis neuester OECD-Daten werden dazu für jedes der 21 Länder ein Erfolgs- und ein Aktivitätsindex berechnet.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
**Internationales
Standort-Ranking 2004**
Wachstum und Beschäftigung

2004, 160 Seiten, Broschur
15,- € / sFr. 26,90
ISBN 3-89204-777-4

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256, 33311 Gütersloh
Tel.: 05241 8181-581, Fax: 05241 8181-982
www.bertelsmann-stiftung.de

Ansprechpartner:
Eric Thode
eric.thode@bertelsmann.de
Dr. Thorsten Hellmann
thorsten.hellmann@bertelsmann.de

Autoren:
Prof. Dr. Ulrich van Suntum
vansuntum@insiwo.de
Dipl.-Volksw. Christian Dorenkamp
dorenkamp@insiwo.de

Gestaltung:
Nadine Humann
nadine.humann@bertelsmann.de

Druck: Höner Druck, Gütersloh